Soziale Stadt München - lebenswert, gerecht und solidarisch

München ist im Hinblick auf die soziale städtische Infrastruktur und die Angebote einer großen, kompetenten und vielfältigen Landschaft sozialer Träger einzigartig. Viele Jahrzehnte sozialdemokratischer Politik haben unsere Stadt geprägt. München hält zusammen und bietet Perspektiven. In einer sozialen Notlage, aber auch in einem herausfordernden Alltag wird hier niemand im Stich gelassen. Soziale Arbeit hilft, stärkt aber vor allem vorhandene Ressourcen und befähigt Menschen, das eigene Leben möglichst selbstständig, zufrieden, gesund und erfolgreich zu gestalten. Von der Geburt bis ins hohe Alter.

Die Münchnerinnen und München in allen 25 Stadtbezirken sollen sich auch künftig darauf verlassen können, dass in ihrer Nähe die passende Kita, ein Jugendzentrum, ein Sozialbürgerhaus oder ein Alten- und Service-Zentrum individuell und verlässlich für sie da sind. Die Münchner Infrastruktur durch die schwierige finanzielle Lage der Stadt zu tragen, sie zukunftssicher zu gestalten und in wachsenden Stadtbezirken auszubauen, sehen wir als eine unserer wichtigsten politischen Aufgaben.

Nur mit einer starken SPD wird das soziale Herz dieser Stadt auch weiterhin kräftig schlagen. Gerade in einer Zeit, in der die Gräben und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Menschen groß sind, ist eine starke soziale Landschaft die Voraussetzung für eine Stadtgesellschaft, die solidarisch miteinander lebt und auch schwierige Zeiten zusammen meistert. Unser Ziel bleibt klar: Alle Menschen sollen in München gut leben können – unabhängig von Einkommen, Herkunft, Geschlecht, Alter oder körperlichen Voraussetzungen.

München, Stadt der Familien

In München leben viele höchst unterschiedliche Familien. Unser Anspruch ist, sie alle bestmöglich zu unterstützen – Einkindfamilien ebenso wie kinderreiche Familien, Alleinerziehende und Regenbogenfamilien. In einer Stadt mit hohen Lebenshaltungskosten wie München liegt unser besonderer Fokus auf Familien mit geringen und mittleren Einkommen.

Das haben wir schon erreicht

Familien bekommen im sozialdemokratisch geführten München gezielt Unterstützung. Da die Lebenshaltungskosten gerade für sie sehr hoch sind, entlasten wir sie da, wo es im Einflussbereich der Kommune möglich ist: Mit sozial verträglichen Kitagebühren, Familien- und Ferienpass und einer großen Bandbreite an Freizeit-, Unterstützungs- und Beratungsangeboten. Im Bereich der Kinderbetreuung haben wir eine fairere Vergabe der Plätze für Alleinerziehende und Eltern in Ausbildung geschaffen. München ist eine der Städte mit den höchsten freiwilligen Leistungen, die direkt Familien mit weniger finanziellen Mitteln zu Gute kommen.

Gerade in Zeiten steigender Preise und globaler Krisen sehen sich Familien großen Herausforderungen ausgesetzt. Während das Leben teurer wird, werden die Themen, mit denen sich Kinder auseinandersetzen, immer komplexer. Für uns ist klar: Hier muss die Stadt München als starke Partnerin der Familien Unterstützung und Orientierung bieten. Familien müssen sich in München sicher und wohl fühlen und jedes Münchner Kindl muss am Leben in der Stadt teilhaben können. Familien mit niedrigen Einkommen und Alleinerziehende werden wir weiterhin gezielt entlasten. Der Zeitmangel und Stress im Alltag eint fast alle Familien. Wir unterstützen sie dabei, ihren Alltag durch kurze Strecken und möglichst breite Angebote am selben Ort zu vereinfachen und zu entzerren.

Zentral dabei:

- Die Sicherung des breiten Angebots an Freizeit- und Beratungsangeboten auch in finanziell angespannter Haushaltslage. Hierfür wollen wir die bestehenden Angebote in Zusammenarbeit mit den Trägern weiterentwickeln und, wo möglich, Synergien zwischen unterschiedlichen Angeboten schaffen. Jeder Familie muss auch künftig das für ihre Lebenslage passende Angebot zur Verfügung stehen.
- Umfassende Möglichkeiten zur Information aller Familien über finanzielle Entlastungsangebote der Stadt München bei allen städtisch geförderten Beratungs- und Freizeiteinrichtungen.
- Unterstützung von Familien beim Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Equal Care durch Beratungsangebote, Ausweitung der Notfallbetreuung für kranke Kinder und Lobbyarbeit bei den Münchner Unternehmen für gute Teilzeitmodelle und Förderung der gleichberechtigten Elternzeit von Vätern.
- Ermöglichung von kassenfinanzierten Ergo- und Logotherapieangeboten durch Therapeutinnen und Therapeuten vermehrt in den Räumlichkeiten städtischer Bildungseinrichtungen während der Betreuungszeiten.
- Sozial gerechte Staffelung bei Eintrittspreisen und Teilnahmegebühren für städtische Einrichtungen und Angebote. Familientickets immer unabhängig vom Verwandtschaftsverhältnis, gleichzeitig jedoch keine Begrenzung der Anzahl mitzunehmender (Stief-)Geschwister. Angebote für Familien mit nur einem Elternteil müssen immer günstiger sein als solche für Familien mit zwei Elternteilen.
- Schaffung integrierter Einrichtungen mit unterschiedlichsten Angeboten, soweit räumlich möglich und fachlich sinnvoll, um allen Münchnerinnen und Münchnern ein möglichst breites Angebot an Beratungs- und Unterstützungsstellen möglichst nah am Wohnort zu bieten.
- Weiterentwicklung der Elternbriefe: Fokus auf Demokratiebildung und Kinderrechte sowie die Schaffung von zwei Briefen für die Altersbereiche 15-17 und 18 und aufwärts.
 Statt automatischer Zustellung per Post künftig Abfrage der E-Mail-Adresse und Angebot des Postversands als zweite Möglichkeit.

Münchens Jugend hören und stärken

München ist eine Stadt im Wandel – sie wächst und verdichtet sich. **Gerade junge Menschen brauchen in dieser enger werdenden Stadt Räume zur Entfaltung, Entwicklung und Mitbestimmung** – jenseits von Schule, Ausbildung und Studium und frei von Konsumzwang. Als Münchner SPD setzen wir uns seit jeher dafür ein, dass diese Räume erhalten und ausgebaut werden.

Unser Anspruch ist klar: München soll eine Stadt sein, in der Kinder und Jugendliche nicht nur mitgedacht, sondern aktiv beteiligt werden. Wir verstehen uns als Stimme jener, die noch nicht wahlberechtigt sind, aber ein Anrecht auf gute Lebensbedingungen, Förderung und Mitsprache haben. Ein enger Austausch mit Jugendverbänden, Trägern der Jugendhilfe und Vertretungen junger Menschen bildet die Grundlage unserer Politik.

Junge Menschen haben ein Recht darauf, mit ihren Anliegen ernst genommen zu werden. Jugendpolitik ist für uns keine Nische, sondern eine Querschnittsaufgabe mit zentraler Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt in München und eine gute Zukunft für die Stadt.

Das haben wir schon erreicht

Unsere Arbeit in den vergangenen Jahren war geprägt von der Überzeugung, dass junge Menschen Gehör verdienen – gerade in Krisenzeiten. Wir haben zusätzliche Unterstützungsangebote geschaffen, wie den München-Pass für Studierende und Auszubildende, und neue Räume zur Erholung und Begegnung ermöglicht und neue Räume zur Erholung und Begegnung ermöglicht. Mit unserem Schwerpunkt auf Partizipation haben wir neue Beteiligungsformate entwickelt – allen voran das Kinder- und Jugendrathaus als echten Meilenstein – und mit dem Rahmenkonzept Partizipation einen verbindlichen Leitfaden für mehr Mitsprache auf den Weg gebracht. Auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen haben wir den Fokus auf Jugendangebote erhalten und sichergestellt, dass junge Menschen in München immer die Unterstützung bekommen, die sie benötigen.

Positiv nach vorne schauen

Die Bedürfnisse junger Menschen müssen auch in Zeiten knapper Kassen handlungsleitend sein. Wir werden auf die multiplen Krisen, die gerade auch junge Menschen in München belasten, eingehen und in der Landeshauptstadt weiter ein positives Gegengewicht zu einer für die Jugend oft bedrückenden Zukunft präsentieren.

Unsere zentralen Ziele im Überblick

- Sicherung und Weiterentwicklung von Freizeitangeboten in allen Stadtvierteln, ggf. durch mobile Angebote, um flexibel auf Bedarfe zu reagieren
- Sicherung der Teilhabe von armutsbetroffenen und -gefährdeten jungen Menschen durch eine Weiterentwicklung und Digitalisierung des München Pass mit mehr Angeboten für junge Menschen
- Schaffung weiterer nicht-pädagogisierter Räume im öffentlichen Raum mit jugendgerechter Ausstattung, differenziert nach Altersgruppen, und durch klare Lobbyarbeit gegenüber Verwaltung und Öffentlichkeit
- Ausbau des Azubiwohnens sowie Förderung von Wohnungstausch, WG-Gründungen und "Wohnen gegen Hilfe" als flexible Lösungen für Azubis und Studierende auf dem angespannten Wohnungsmarkt
- Schaffung von niederschwelligen, zielgruppenorientierten Beratungsangeboten und Aufbau einer digitalen Streetwork-Struktur, um Jugendliche auch online zu erreichen: Wir wollen insbesondere auch zielgerichtet Mädchen, LGBTIQ*-Jugendliche und junge Menschen mit Migrationsgeschichte sowie behinderte Jugendliche stärken und unterstützen
- Umsetzung des Rahmenkonzepts Partizipation im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten
- Sicherung der Arbeit des Münchner Hauses der Schüler*innen (MHDS) durch einen zukunftsfähigen Standort
- Aktive Begleitung der SGB VIII-Reform mit dem Ziel, die nötigen strukturellen
 Veränderungen in der Stadt gemeinsam mit dem Bezirk zukunftssicher zu gestalten
- Stärkung antifaschistischer Bildungsarbeit an Schulen sowie ein Fokus auf Demokratiebildung bereits in städtischen Kitas
- Ausweitung von Angeboten zur Selbstbehauptung und Gewaltprävention.

Länger besser leben

Ein Blick in die Zukunft

"Länger besser leben" - das ist unsere Leitlinie für die Zukunft der Münchner Stadtbevölkerung, insbesondere für die älteren Menschen. Seniorinnen und Senioren benötigen Sicherheit und Stabilität in ihrem Umfeld. Deswegen setzen wir als Münchner SPD uns mit der Realität, in der ältere Menschen leben, auseinander, nehmen das Altern ernst und begreifen es als Prozess. Das heißt auch, dass wir die Münchnerinnen und Münchner zukünftig besser auf das Älterwerden vorbereiten und verschiedene Altersgruppen in unserer Stadtgesellschaft besser miteinander vernetzen werden. Denn alle Gesellschaftsgruppen können von der Lebenserfahrung und auch dem großen Engagement vieler Seniorinnen und Senioren profitieren.

Wichtig sind besonders bezahlbarer Wohnraum, eine optimale gesundheitliche und pflegerische Versorgung, auch im geriatrischen Bereich, sowie die nötigen sozialen Angebote, um der zunehmenden Vereinsamung entgegenzuwirken. Barrieren müssen abgebaut werden, um auch im Alter weiterhin mobil sein zu können.

Das haben wir schon erreicht

In den letzten sechs Jahren wurde im Bereich der Angebote für Seniorinnen und Senioren viel erreicht: Es sind Wohnanlagen für altersgerechtes Wohnen, beispielsweise für Mehrgenerationenwohnen entstanden. Stadtweit wurde der **Ausbau der Alten-Service-Zentren** (**ASZ**) mit kostenlosen Beratungen und Mittagessen vorangetrieben. Nachbarschafts- und Haushaltshilfen sowie Begleitdienste können nun über anerkannte und soziale Träger angefordert werden. Darüber hinaus sind wir stolz auf die erste geriatrische Tagesklinik der München Klinik in Schwabing. Zudem entstehen im Osten und Westen Münchens neue Beratungsstellen für pflegende Angehörige.

Altern gehört als Prozess zum Leben dazu. In einer vom demographischen Wandel geprägten Gesellschaft ist daher vor allem die Frage, <u>wie</u> man alt wird, entscheidend. Wir als Münchner SPD machen hier seit vielen Jahrzehnten zukunftsweisende Politik und werden das in den kommenden Jahren beibehalten und ausbauen.

Unsere Ziele für die kommenden Jahre

Die Stadt soll für alle Münchnerinnen und Münchner barrierefrei, sicher und zugänglich sein. Um die Mobilität der älteren Menschen zu unterstützen, bedarf es einer Verbesserung der Infrastruktur und des ÖPNV. Dazu gehört auch, dass Haltestellen seniorengerechter ausgestaltet werden - beispielsweise mit genügend Sitzflächen, auch im Schatten. Menschen mit Rollator und Rollstuhl müssen problemlos mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren und leicht ein- und aussteigen können. Die Aufenthaltsqualität muss, angesichts eines immer größer ausgebauten Verkehrsnetzes, mit Grünflächen und schattigen, seniorengerechten Sitzgelegenheiten erhöht werden. Zusätzlich wollen wir im öffentlichen Raum mehr kostenlose und barrierefrei zugängliche Toiletten errichten.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, den Ausbau von sicheren, barrierefreien Querungen sowie freien und breiten Gehwegen voranzutreiben. Wer aus gesundheitlichen Gründen auf ein Auto und einen nahen Stellplatz angewiesen ist, erhält weiterhin einen personenbezogenen Sonderstellplatz.

Wir bringen den Ausbau von altersgerechten und barrierefreien Wohnungen mit Nachdruck voran und bauen unser Programm Seniorenwohnen der Zukunft aus. Dabei achten wir auf die

individuellen Bedürfnisse der älteren Menschen: Während sich die einen in reinen Seniorenwohnanlagen am wohlsten fühlen, sehnen sich andere nach einem Miteinander der Generationen. Darum befürworten wir das Mehrgenerationenwohnen innerhalb einer Wohnsiedlung und werden den Bau von Seniorenwohnanlagen weiter vorantreiben. Den Umbau bestehender in barrierefreie Wohnungen wollen wir erleichtern und Lösungen finden, wie schon vor dem Eintritt in das Rentenalter unterstützende Vorbereitungen für neue Wohnmodelle in kleinerer Form getroffen werden können.

Ergänze hier (nach Zeile 184):

Stationäre Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren werden so konzipiert, dass die sich im Alter entwickelnden Bedarfe mitbedacht und innerhalb einer Einrichtung abgedeckt werden, so dass Umzüge in andere Einrichtungen vermieden werden können.

Gesundheit darf nicht von den finanziellen Möglichkeiten einzelner abhängen. Gerade im Alter ist eine umfassende Gesundheits- und Pflegeversorgung besonders wichtig. Deswegen wollen wir stadtweit mehr Gesundheitszentren mit geriatrischer Versorgung sowie mehr Palliativ- und Hospizplätze errichten beziehungsweise das vorhandene Angebot ausbauen.

Pflegebedürftigkeit darf keine Armutsfalle sein. Wir setzen uns daher energisch beim Bund dafür ein, dass die Eigenbeteiligungen für einen stationären Pflegeplatz begrenzt werden. Hier muss auch der Bundesgesetzgeber tätig werden, um monatliche Eigenanteile von inzwischen fast 4.000 Euro deutlich zu begrenzen.

Wir wollen uns um diejenigen kümmern, die sonst keine Unterstützung haben. Gerade viele Frauen sind durch geringfügige Beschäftigung in früheren Jahren von **Altersarmut** betroffen und daher auf soziale Hilfe angewiesen. Wir benötigen auch hier Programme, um dieses soziale Ungleichgewicht auffangen zu können.

Immer mehr Menschen, besonders in Großstädten, sind im zunehmenden Alter einer wachsenden **Vereinsamung** ausgesetzt. Wir stellen die gesellschaftliche Teilhabe dieser Menschen in den Mittelpunkt und wollen nicht zulassen, dass sie und ihre Anliegen und Bedürfnisse nicht gehört werden. **Die politische Mitbestimmung von Seniorinnen und Senioren in allen Gremien ist dafür ein wichtiger Faktor, den wir weiterhin sicherstellen und ausbauen wollen.**

Eine funktionierende Stadtgesellschaft zeichnet sich durch Vielfältigkeit aus: Junge und alte Menschen sollen sich in zwanglosem Austausch begegnen können. Deshalb wollen wir mehr Begegnungsräume für alle Altersgruppen im Stadtgebiet schaffen - ohne Konsumzwang.

Die Stadt soll die Seniorinnen und Senioren künftig regelmäßig in persönlichen Schreiben auf Angebote hinweisen, die für sie wichtig und von Interesse sind.

Ergänze hier:

Inhaltlich arbeitet die Stadt dabei mit dem Seniorenbeirat zusammen.

Die **Digitalisierung** ist Gegenwart und Zukunft und sehen wir als Chance in einer immer schneller lebenden Welt. Gerade in diesem Bereich hier müssen wir die ältere Generation mitnehmen. Dazu setzen wir uns für entsprechende **Schulungs-, Unterstützungs- und Hilfsangebote** ein. Hier müssen sowohl die Kommunen, als auch die Länder und der Bund, ebenso wie soziale Organisationen und Einrichtungen einen Beitrag leisten. Gleichzeitig darf die analoge Welt, in der viele der alten Menschen noch leben, nicht verschlossen werden – wir setzen uns dafür ein, dass in der gesamten städtischen Verwaltung immer der Weg über Post,

Telefon oder ein persönliches Gespräch vor Ort offensteht. **Dazu stellen wir in Ämtern und bei Dienstleistungen, ebenso wie bei Wahlen, immer ein analoges Angebot und persönliche Beratung zur Verfügung.**

Unsere zentralen Ziele im Überblick:

- Bei allen Aspekten der Stadtplanung müssen die Interessen der älteren Münchnerinnen und Münchner ausreichend und von Anfang an mitgedacht und umgesetzt werden, damit Teilhabe bis zuletzt möglich ist.
- Um auch im Alter gut und so selbstständig wie möglich leben zu können, brauchen wir viele unterschiedliche Angebote des Wohnens und bezahlbare Mieten für die, die sich im Alter nochmal verändern wollen oder müssen.
- Die Alten- und Service-Zentren, unsere Seniorentreffs, die Beratungsstellen und alle Angebote zur pflegerischen und gesundheitlichen Versorgung sind deutschlandweit einzigartig. Wir werden dieses dichte Netz für ein gutes Leben aufrechterhalten und ausbauen.
- Digitale Teilhabe ist wichtig. Viele Angebote gibt es nur noch online. Wir unterstützen die Menschen, die ihre Angelegenheiten digital und im Internet regeln können und möchten, halten aber als Stadt immer analoge und direkte Wege offen, um niemanden auszuschließen. Bei uns soll jeder zu seinem Recht kommen. Dazu gehört der direkte Ansprechpartner genauso dazu wie das Recht, den Kaffee in einer städtischen Einrichtung auch bar zahlen zu können.

Gleichstellung ausbauen. Fortschritt sichern.

Gleichstellung ist Gradmesser unserer Demokratie. Doch weltweit und auch in Deutschland bedrohen rechte, antifeministische Bewegungen hart erkämpfte Errungenschaften. Sie stellen die Selbstbestimmung von Frauen und queeren Menschen in Frage und wollen alte Rollenmuster reaktivieren. Das ist ein Angriff auf unsere offene Gesellschaft – und auf unser München, in dem alle Menschen frei und sicher leben sollen, unabhängig von Geschlecht, Identität oder Lebensentwurf. Wir als Münchner SPD stellen uns dem entschieden entgegen. Unser Ziel: eine Stadt, in der Gleichstellung aktiv gelebt wird. Wir verteidigen feministische Fortschritte und bauen diese aus, wir stärken Gleichstellungsstrukturen und schaffen echte Teilhabe für Mädchen und Frauen in allen Lebensbereichen.

Das haben wir schon erreicht

Die Münchner SPD steht seit Jahrzehnten für Gleichstellung. In den vergangenen sechs Jahren haben wir zentrale Impulse gesetzt: Mit unserer Bürgermeisterin und unserer Vorsitzenden an der Spitze der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen bringen wir feministische Anliegen direkt zur Geltung. Wir haben vertrauliche Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt in Frauenkliniken ermöglicht und machen das Recht auf einen sicheren Schwangerschaftsabbruch am Safe Abortion Day sichtbar. Wir bekämpfen digitale Gewalt und entwickeln Fortbildungen für Fachkräfte. Wir bauen Gender Budgeting - also die systematische Einbeziehung der Geschlechterperspektive in alle Phasen der öffentlichen Haushaltsplanung und -umsetzung, um die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter bei der Verteilung von Ressourcen zu fördern - in städtischen Referaten aus. Zudem setzen wir uns für mehr Frauen in Führungspositionen ein – auch in städtischen Unternehmen. Und der Kampf um echte Gleichstellung geht weiter:

- Wir fordern einen feministischen Aktions- und Erinnerungsort am **Frauenplatz** als sichtbares Zeichen für Erinnerung, Empowerment und politische Bildung.
- Wir verteidigen **Gleichstellung als demokratischen Grundwert** und treten antifeministischen Rückschritten entschieden entgegen.
- Wir sichern feministische Netzwerke und Beratungsstrukturen finanziell ab und fordern Gleichstellung als verbindliches Prinzip in allen Haushaltsentscheidungen.
- Wir stärken **Schutzangebote für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen** und fordern eine faire Mitverantwortung von Bund und Land bei der Finanzierung.
- Wir setzen uns für paritätische Besetzungen, faire Auswahlverfahren und gezielte Förderung unterrepräsentierter Gruppen in **Führungspositionen** ein.

Frauenplatz neu denken – ein Ort für Sichtbarkeit, Erinnerung und Widerstand

Gleichstellung heißt auch das Sichtbarmachen feministischer Bewegungen, Aktionen und Initiativen sowie das Erinnern an die Betroffenen und Opfer aller Formen und Ausmaße patriarchaler Gewalt. Wir nehmen auch die geschlechtsspezifisch motivierten Tötungen – Femizide – in den Blick. Wir fordern einen zentralen Ort am Frauenplatz für feministische Geschichte, politische Bildung und Gedenken an Betroffene patriarchaler Gewalt. Mit mehrsprachigen Infos, künstlerischer Gestaltung und aktivistischen Formaten schaffen wir einen Raum, der zum Innehalten und Handeln einlädt.

Frauenpolitische Errungenschaften sichern – feministische Netzwerke stärken

München ist Vorreiterin feministischer Stadtpolitik. Unter sozialdemokratischer Führung wurden Beratungsangebote, Schutzräume und Frauenförderung ausgebaut. Besonders wichtig sind die starken zivilgesellschaftlichen Netzwerke, die wir finanziell absichern und politisch einbinden wollen. Gerade in Zeiten knapper Kassen gilt: Gleichstellung darf nicht dem Rotstift zum Opfer fallen. Haushaltsentscheidungen müssen transparent und unter Beteiligung von Frauenverbänden und einer starken Gleichstellungskommission erfolgen. Mittel für feministische Arbeit müssen über alle Teilhaushalte hinweg sichtbar und gesichert bleiben – denn Gleichstellung ist Gerechtigkeit.

Schutzräume sichern – Verantwortung gerecht verteilen

Gewalt gegen Frauen hat in München keinen Platz. Wir setzen auf Prävention durch Aufklärung, Bildung und niedrigschwellige Beratung. Gleichzeitig stärken wir Schutzangebote: von anonymen Notschlafplätzen bis zu gut finanzierten Frauenhäusern. Trotz wachsendem Bedarf trägt München den Großteil der Kosten, während der Freistaat Fördermittel kürzt. Das ist inakzeptabel. Wir fordern eine verlässliche Finanzierung durch Bund und Land. Das neue Gewalthilfegesetz mit Rechtsanspruch ab 2032 ist ein Fortschritt – doch Investitionen sind schon jetzt nötig. München darf beim Schutz vor Gewalt nicht allein gelassen werden.

München ist Stadt des Oktoberfests - aber damit der Wiesnbesuch auch allen Spaß macht und insbesondere Mädchen und Frauen sicher und unbeschadet danach wieder nach Hause kommen, unterstützen wir die Einrichtung der "Sicheren Wiesn" auf dem Festgelände und fordern, dass sich auch die Betreiber aller großen Festzelte mit einem finanziellen Beitrag an diesem Projekt beteiligen.

Für echte Gleichstellung in Münchens Führungsetagen

Die Stadtverwaltung geht mit gutem Beispiel voran: durch Fortbildungen, faire Auswahlverfahren und gezielte Förderung. Wir wollen das weiter ausbauen – mit verbindlichen Zielquoten, paritätischer Besetzung und Programmen für unterrepräsentierte Gruppen. Über die Thematisierung von "Equal Care" insbesondere in Fortbildungen für Führungskräfte der Stadtverwaltung sowie der Formulierung einer Erwartungshaltung, dass auch Väter deutlich mehr als zwei Monate Elternzeit in Anspruch nehmen, wollen wir dazu beitragen, dass die sogenannte "Child Penalty Gap" bei städtischen Beschäftigten geringer wird. Denn Gleichstellung ist ein demokratisches Prinzip. Unsere Stadt braucht Führung, die ihre Vielfalt widerspiegelt.

Ein München für alle - Vielfalt als Stärke unserer Stadt

München ist eine weltoffene, bunte und vielfältige Stadt. Diese Vielfalt ist unsere Stärke und macht unsere Stadt zu einem lebenswerten Ort für alle Menschen. Wir kämpfen für ein München, in dem sich Menschen jeder sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität sicher und akzeptiert fühlen können. Für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen (LGBTIQ*) wollen wir eine Stadt schaffen, die von Freiheit, Respekt und Akzeptanz geprägt ist.

Trotz bedeutender rechtlicher Verbesserungen bei der Gleichstellung gibt es noch immer viel Diskriminierung im Alltag. LGBTIQ*-Menschen werden täglich damit konfrontiert. Wir setzen uns ein für gesellschaftliche Akzeptanz und dafür, dass jeder Mensch sein Leben selbstbestimmt entfalten kann. München soll eine Stadt werden, in der queere Menschen nicht nur toleriert, sondern vollständig akzeptiert und respektiert werden. München soll eine Stadt sein, in der Gleichberechtigung für alle Lebensentwürfe herrscht. Eine Stadt, die für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt eintritt und in der queere Sichtbarkeit und Teilhabe selbstverständlich sind.

Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau der städtischen queerpolitischen Standards ein. Bestehende Beratungs- und Schutzstrukturen für LGBTIQ*-Menschen werden gesichert und bedarfsgerecht weiterentwickelt. Gleichzeitig stellen wir uns entschieden gegen jede Form von LGBTIQ*-Feindlichkeit. Mit stadtweiten Präventionsmaßnahmen, Solidaritätskampagnen und einem klaren sicherheitspolitischen Fokus schützen wir queeres Leben – sichtbar, konkret und wirksam. LGBTIQ*-Anliegen gehören in die Mitte kommunalen Handelns. Wir verankern das Thema strukturell in Stadtpolitik und Verwaltung – mit klaren Zuständigkeiten, verbindlichen Strategien und intersektionaler Perspektive. Vielfalt beginnt bei den Kleinsten. In Kitas und Schulen stärken wir die Bildungsarbeit zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und schaffen Räume, in denen Kinder und Jugendliche frei und respektvoll aufwachsen können – unabhängig von Identität oder Herkunft.

Zentral für uns:

- Erhalt und Sicherung queerpolitischer Standards: Bestehende Förderungen, Schutzräume, Erinnerungskultur und Netzwerke für LGBTIQ*-Communitys sichern und weiterführen. Dazu zählen beispielsweise die Förderung des LeZ (lesbisch-queeres Zentrum), des Sub e.V. (Schwul-Queeres-Kultur- und Kommunikationszentrum) oder des Diversity München e.V.
- **Prävention und Bekämpfung von LGBTIQ*-Feindlichkeit:** Offensive gegen queerfeindliche Gewalt, Hasskriminalität und Diskriminierung mit Aufklärung, Kampagnen, Sicherheitskonzepten und solidarischer Vernetzung. Hier wollen wir als

Stadt weiterhin ein starker und verlässlicher Partner für engagierte Menschen sein, die sich in Projekten wie Diversity@school oder der Münchner Aidshilfe dafür einsetzen.

- **Vielfalt strukturell verankern:** Fortbildungen und Materialien zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in Bildungs-, Jugend- Pflege-, und Gesundheitseinrichtungen verpflichtend etablieren.
- Verankerung von LGBTIQ* in der Stadtpolitik und -verwaltung: Intersektionale Strategien in allen politischen Bereichen entwickeln und die Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* (KGL) als zentrale Fachstelle stärken.

Teilhabe statt Ausgrenzung

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) stellt die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen sicher. Für uns als Münchner SPD ist Inklusion kein Nischenthema, sondern ein Menschenrecht. Eine solidarische Stadtgesellschaft erkennt Vielfalt als Stärke und baut Barrieren konsequent ab.

Das haben wir schon erreicht

In den vergangenen Jahren hat München deutliche Fortschritte gemacht: Die Stadtverwaltung bietet zunehmend Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen an. Jede U-Bahnstation wird mit einem Aufzug ausgestattet – ein Meilenstein für Mobilität. Spielplätze werden barrierefrei gestaltet, ebenso wie Schwimmbäder, Sportstätten und Schulen. Gesundheitseinrichtungen werden barrierefreier. Mit dem inklusiven Schauspielensemble an den Münchner Kammerspielen ist auch kulturelle Teilhabe gelebte Realität.

Inklusion bedeutet ein faires Miteinander: Rücksicht ohne Bevormundung. Wir setzen auf die Perspektiven von Menschen mit Behinderungen und entwickeln gemeinsam Lösungen für Barrieren im Alltag, in der Arbeitswelt und in der Freizeit. Die Bewerbung Münchens für die Paralympischen Spiele wollen wir nutzen, um die Barrierefreiheit in der gesamten Stadt voranzubringen. Zugleich bauen wir Alternativen zur klassischen Werkstattarbeit aus – etwa durch das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) und durch Außenarbeitsplätze als Brücke auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Und wir fordern: In jedem neuen Wohnhaus der Münchner Wohnen sollen barrierefreie Wohnungen entstehen – für eine inklusive Stadt, in der alle gut leben können.

Zentral dabei für uns:

- Faires Miteinander: Rücksicht ohne Bevormundung
- Menschen mit Behinderungen als Expertinnen und Experten in eigener Sache einbeziehen
- Gemeinsam Lösungen für Barrieren im Alltag, auf der Arbeit und in der Freizeit entwickeln
- Die Paralympics-Bewerbung als Chance nutzen, um die Barrierefreiheit in der ganzen Stadt zu verbessern
- Alternativen zur Werkstattarbeit ausbauen z. B. durch das Münchner Beschäftigungsund Qualifizierungsprogramm (MBQ) und Außenarbeitsplätze als Brücke in die Arbeitswelt

 In jedem neuen Wohnhaus der Münchner Wohnen sollen barrierefreie Wohnungen entstehen

Zuhause für alle

München der Vielfalt

Viele Münchnerinnen und Münchner sind nicht in München geboren oder haben Eltern, die nicht in München geboren sind. Schon in der Vergangenheit haben insbesondere die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement entscheidend zum wirtschaftlichen Aufbau und zur Entwicklung unserer Stadt beigetragen. Heute setzen neue Generationen von Zugewanderten diese Erfolgsgeschichte fort: Sie bereichern München nicht nur kulturell mit einer unglaublichen Vielzahl an Sprachen und Religionsgemeinschaften, sondern stärken auch unsere Wirtschaftskraft und tragen zu wachsenden Steuereinnahmen bei. Diese Vielfalt ist ein zentraler Pfeiler für Münchens Erfolg als lebenswerte, dynamische und zukunftsorientierte Stadt.

Gleichzeitig ist es von zentraler Bedeutung, diese Vielfalt zu unterstützen und zu gewährleisten und Fehlentwicklungen oder Diskriminierung von vorneherein zu verhindern. Wir als Münchner SPD wollen dieses Thema gezielt stärken.

Mehr Raum für interkulturellen Austausch soll in München geschaffen werden. Geflüchtete Menschen und migrantische Gruppen sollen ihre Kultur sichtbar und erlebbar machen können – zum Beispiel durch die Zwischennutzung leerstehender Räume oder durch ein städtisch organisiertes Vielfaltsfest auf dem Marienplatz.

Integration ermöglichen

In München beginnt Integration ab Tag eins - schon bevor die Bleibeperspektive geklärt ist. Integration ist eine Pflichtaufgabe auf allen Ebenen und muss von Land und Bund gefördert werden. Die Städte und Gemeinden, auch München, können nur dann erfolgreich integrieren, wenn sie mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden. Zur Unterstützung der frühzeitigen Integration fordern wir die Einführung eines städtischen Willkommenspakets für Neuzugewanderte. Dieses soll mehrsprachige Informationen zu Sprache, Wohnen, Arbeit(-srecht), Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe enthalten und digital wie analog verfügbar sein.

Wichtige Elemente sind dabei die Schaffung des notwendigen zusätzlichen Wohnraums, verpflichtende und aufbauende Sprachkursangebote, die Integreat-App als digitale Unterstützung mit ihren umfassenden Informationen, die Unterstützung durch die Servicestelle für Zuwanderung und Einbürgerung im KVR und die Ermöglichung des Erwerbs von Zusatzqualifikationen zur Anerkennung vorhandener beruflicher Kenntnisse. Wir wollen gemeinsam mit unseren Genossenschaften und sozialen Bauträgern weiterhin gezielt Integrationswohnungen schaffen, die mit sozialpädagogischer Begleitung verbunden sind.

Diese Angebote braucht es mehr denn je. Sie müssen weiterentwickelt werden, um auch bei Veränderungen bedarfsgerecht zugeschnitten zu sein. Migration und Integration gehen mit Chancen, aber auch mit Herausforderungen einher. Durch die Anbindung der Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität an die Stadtspitze unterstützen wir die gesellschaftliche Akzeptanz von Zuwanderung und Integration.

Wir als Münchner SPD stehen ein für ein modernes und liberales Einbürgerungsrecht. Mit den erfolgreichen Einbürgerungskampagnen und Einbürgerungsfeiern haben wir in München bereits ein wichtiges Signal der Anerkennung an Migrantinnen und Migranten und ihre Familien

gerichtet. Darüber hinaus setzen wir auf eine konsequente Digitalisierung und effiziente Prozessoptimierung, um das Einbürgerungsverfahren spürbar zu beschleunigen und bürgerfreundlicher zu gestalten.

Unsere Ziele für die kommenden Jahre

Menschen, die zu uns nach München kommen, brauchen faire Chancen, um hier ankommen zu können. Das beginnt beim Spracherwerb und endet nicht bei der Arbeitsmarktintegration. Wir setzen uns weiterhin für den Ausbau kostenloser, flexibler Sprachkursangebote mit begleitender Kinderbetreuung ein, um insbesondere Frauen und Alleinerziehenden den Zugang zu erleichtern. Vor allem das Finden einer bezahlbaren Wohnung ist für viele eine große Herausforderung. Die Stadtgesellschaft und die heimische Wirtschaft profitieren von gelingender Teilhabe aller Menschen. Deshalb ist es unser Ziel, die Münchner Programme zu einer gelingenden Integration trotz schwieriger finanzieller Situation der Stadt in Ergänzung zu den Programmen der Bundesebene zu erhalten.

Zusätzlich erwarten wir, dass der Spurwechsel für Fachkräfte mit Beschäftigungsmöglichkeit weg vom Asylantrag hin zum Aufenthaltstitel transparent und einfach möglich wird.

Wir setzen uns für das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger ein. Angesichts der bislang unzureichenden rechtlichen Teilhabemöglichkeiten von vielen Migrantinnen und Migranten werden wir ihre aktive Beteiligung an den bestehenden Strukturen stärker unterstützen. Wir unterstützen den Migrationsbeirat bei seiner Wahl im November 2026. Zur Förderung politischer Bildung und Beteiligung schlagen wir die Einrichtung eines städtischen Demokratiefonds vor, der Projekte von und für Menschen mit Migrationsgeschichte unterstützt. Wir stärken den Migrationsbeirat mit konkreten und weitreichenden Befugnissen, beispielsweise durch ein Intiativrecht.

Migrantenselbstorganisationen und Integrationseinrichtungen sind wichtiger Bestandteil einer solidarischen Stadtgesellschaft und ein unverzichtbarer Baustein von Integration. Wir werden uns für einen intensiven Dialog mit ihnen einsetzen und ihre wertvolle Integrationsarbeit unterstützen.

Noch immer erreichen nicht alle sozialen Leistungen und Angebote alle Münchnerinnen und Münchner mit Migrationsgeschichte in ausreichendem Maß. Wir setzen uns daher dafür ein, dass im Bereich der Sozialen Arbeit mehr migrantische Fachkräfte eingesetzt werden, damit bestehende Angebote mehr in Anspruch genommen werden können. Wir setzen uns für ein Stipendienprogramm für Menschen mit Migrationsgeschichte im Bereich Soziale Arbeit ein, um langfristig mehr Diversität in sozialen Berufen zu erreichen.

Unsere zentralen Forderungen im Überblick:

- Stärkung von Integrationsmöglichkeiten durch sinnvolle Anpassungen auf Bundesebene
- Kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürgern
- Unterstützung von Münchner Migrantinnen und Migranten bei der Selbstorganisation ihrer Vertretungen.
- Stärkung der migrationsgesellschaftlichen Diversität durch dauerhafte Anbindung der Fachstelle an die Stadtspitze und wir fordern alle zwei Jahre einen Diversitätsbericht, um Fortschritte und Herausforderungen bei der Teilhabe sichtbar zu machen.